

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst
im Reich M 1.90 m. Post-
zuschlag. Preise freibl.
Preis einer Nummer
10 Pf.
In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
zen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.
Verantwortl. Hr. 4.
Hr. 24
C. Nech'sche Buchdruckerei

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über deren Raum 25 Pf.
Reklame-Zeile 60 Pf.
Kollektiv-Anzeigen 100
Brosch. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenfrist
20 Pf. Bei größeren
Anzeigen Rabatt, der
im Falle des Abnahm-
jahres hinfallig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine
Gewehr übernommen.

Nr. 157.

Mittwoch den 9. Juli 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Berlin, 8. Juli. Der Ministerpräsident für den Freistaat Preußen hat beim Reichstag Einspruch gegen die vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Befriedigungsentscheide - Gemeinnützigkeit - erheben lassen.

Schutz dem Mittelstand und dem Gewerbe.

Stuttgart, 8. Juli. Die Württ. Bürgerpartei, die Abgeordneten Dr. Dölscher, Herrmann, Miller und Dr. Wilder haben im Landtag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die besonders dem mittelständischen Gewerbe Schutz verschaffen sollen. Gegen Auswüchse des Dauerhandels wurden folgende Anträge gestellt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung Schritte dahin zu unternehmen, daß in die Gewerbeordnung folgende Bestimmungen aufgenommen werden: 1. § 56 c Absatz III: Ein Verbot zur Benutzung von Gest- und Schuttschiffen als unmittelbare Verkaufsstellen für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, namentlich auch für Wanderlager. 2. Zu § 57 b als Punkt 5 hinzuzufügen: Wenn Tatsachen vorliegen, welche die Integrität des Gewerbebetriebs in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb bedrohen. 3. Im § 60 Satz 1 durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: Der Wandergewerbetreibende wird für die Dauer des Kalenderjahres erteilt. Er berechtigt den Inhaber, das bezeichnete Gewerbe nach Entrichtung der darauf bestehenden Landessteuer in dem Bezirk der ausstellenden oberen Verwaltungsbehörde zu betreiben. Die Erteilung eines Wandergewerbebescheides ist zu versagen, wenn ein Bedürfnis zur Ausstellung von Wandergewerbebescheiden für Ausübung des betreffenden Gewerbes im Bezirke der Behörde nicht besteht oder sobald für die den Bezirk des Bezirkes entsprechende Anzahl von Personen Wandergewerbebescheide bereits erteilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt sind. 4. In § 41 a der Gewerbeordnung ist zu fordern, daß dieser auch auf den Warenverkauf aus Automaten angewendet wird. Der Warenverkauf aus Automaten muß hinsichtlich der Verkaufszeit den gleichen Beschränkungen unterliegen, die für den örtlichen Einzelhandel festgelegt sind. Ueber die privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand wurden folgende Anträge eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. eine ordnungsmäßige Festlegung zu veranlassen, die die wirtschaftlichen Betätigungen zu den sozialen, kulturellen und Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand gehören; 2. alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um eine Schädigung der Privatwirtschaft durch privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zu verhindern; 3. den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen ein Einspruchsrecht gegen privatwirtschaftliche Unternehmungen der öffentlichen Hand zu geben; 4. zu veranlassen, daß alle privatwirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand die der Privatwirtschaft Konkurrenz im den Absatz an Privatnehmer machen, den gleichen steuerlichen Belastungen unterworfen werden, die der Privatwirtschaft auferlegt sind. Ein letzter Antrag auf ein Warenhausgesetz lautet: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß zur Bewirkung des Art. 164 der Reichsverfassung (Schutz des Mittelstandes vor Untergang und Auflösung) beschleunigt ein Warenhausgesetz erlassen wird und daß für die Neuerrichtung von Warenhäusern eine Bedürfnisprüfung vorgeschrieben wird, an der die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern maßgeblich zu beteiligen, sowie auch die wirtschaftlichen Berufsvertretungen von Handel und Gewerbe zu hören sind.

Preußen

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen sind vorläufig gescheitert, und es ist im Oktober wieder aufgenommen werden können, wissen die Württ. Auch wer sich darüber noch in allerlei Hoffnungen wiegte, wird jetzt zu bekümmern haben: Frankreich bleibt bei seiner alten Taktik, hält an seiner starren Methode fest, jedes Zugeständnis an Deutschland hat immer von neuem abzuweisen zu lassen. Ein demokratisches Blatt, der "Berliner Börsenkurier", findet dafür die Formulierung: "Wieder hat Frankreich für das Zugeständnis der früheren Räumung des ihm für immer verlorenen Saargebietes unter Aufhebung von Dammensdammungen von Deutschland wirtschaftliche Kompensationen zu erreichen versucht, die jenseits der ohnehin schon so harten Bestimmungen des Friedensvertrags liegen." Wir möchten glauben, daß hinter der jügendlichen, von Anfang an stichtlich auf Sabotage angelegten Taktik der Franzosen noch etwas anderes lag: die Hoffnung, auf die Art doch noch etwas von der traditionellen französischen Rheinpolitik retten zu können. Das ist auch die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die das Resultat der Verhandlungen also zusammenfaßt: "Eine Enttäuschung für diejenigen, die glauben, den Franzosen komme es nur auf ein Geschäft an. Eine Lehre dafür, daß zwischen Geld und Politik in Frankreich immer die letzte der Vorrang hat. Eine bittere Enttäuschung für diejenigen, die die Liquidation des Krieges wenigstens im Wesen zum Abschluß bringen wollten."

Man glaubt in Bochumer Landverleihen, daß Ostwald seine Schiedung nicht ohne Mißtrauen habe durchführen können, so daß noch weitere Personen mit in die Affäre hineingezogen werden dürften. Der Abgeordnete Rienting soll, wie hier bekannt wird, trotz aller Vorstellungen aus Zentrumsstreifen sein Reichstagsmandat immer noch nicht niedergelegt haben. Auch ist ein Antrag seinerseits auf Aufhebung der Immunität bisher nicht gestellt worden. Rienting hat seinen Aufenthaltort von Worisbofen nach Münsterfeld verlegt.

Kommunistische Ausschreitungen in Bremen.

Bremen, 7. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages kam es hier wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Die Kommunisten hatten schon seit Tagen durch Flugblätter und Wandpropaganda zu Kundgebungen gegen den für gestern vorgesehene Stahlhelm-Werksamstag aufgefordert. Auch an die Polizeibeamten waren Flugblätter gerichtet, nicht gegen die Arbeiterschaft zu kämpfen. Der Stahlhelmsamstag wurde von kommunistischen Mitläufern mit Steinen beworfen. Als die Arbeiter auch gegen die Polizei mit Steinen, Flaschen, faulen Eiern und Stinkbomben vorgingen, griffen die Beamten energisch durch. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Unter ihnen befanden sich mehrere, bei denen offene Messer gefunden wurden. Bei den Zusammenstößen wurden Polizeibeamte und Kommunisten verletzt. Eine Abteilung britischer Polizei, der die Kuffel in die Hände fielen, mußte mit der blanken Waffe vorgehen. Die Abfahrt der einzelnen Stahlhelmsamstage wurde durch umfangreiche Polizeibeamtungen gesichert werden. Auf einem Tag, der in die Unterwesergegend fuhr, wurde von Kommunisten geschossen. Ein Stahlhelmsamstag erlitt Schußverletzungen. Ingesamt wurden 25 Verletzte festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, unter ihnen der kommunistische Bezirksleiter Laube, der Mitglied der Bremer Bürgerwehr ist. Laube wurde trotz seiner Immunität verhaftet, da er auf frischer Tat ertappt worden ist.

Vertrag - oder gescheitert?

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen sind vorläufig gescheitert, und es ist im Oktober wieder aufgenommen werden können, wissen die Württ. Auch wer sich darüber noch in allerlei Hoffnungen wiegte, wird jetzt zu bekümmern haben: Frankreich bleibt bei seiner alten Taktik, hält an seiner starren Methode fest, jedes Zugeständnis an Deutschland hat immer von neuem abzuweisen zu lassen. Ein demokratisches Blatt, der "Berliner Börsenkurier", findet dafür die Formulierung: "Wieder hat Frankreich für das Zugeständnis der früheren Räumung des ihm für immer verlorenen Saargebietes unter Aufhebung von Dammensdammungen von Deutschland wirtschaftliche Kompensationen zu erreichen versucht, die jenseits der ohnehin schon so harten Bestimmungen des Friedensvertrags liegen." Wir möchten glauben, daß hinter der jügendlichen, von Anfang an stichtlich auf Sabotage angelegten Taktik der Franzosen noch etwas anderes lag: die Hoffnung, auf die Art doch noch etwas von der traditionellen französischen Rheinpolitik retten zu können. Das ist auch die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die das Resultat der Verhandlungen also zusammenfaßt: "Eine Enttäuschung für diejenigen, die glauben, den Franzosen komme es nur auf ein Geschäft an. Eine Lehre dafür, daß zwischen Geld und Politik in Frankreich immer die letzte der Vorrang hat. Eine bittere Enttäuschung für diejenigen, die die Liquidation des Krieges wenigstens im Wesen zum Abschluß bringen wollten."

Nur geringe Öffnung.

Paris, 8. Juli. Aus den zahlreichen Kommentaren der französischen Presse zur Unterbrechung der Saarverhandlungen kommt immer wieder zum Ausdruck, daß aus einer erfolgreichen Wiederaufnahme der Besprechungen im Oktober nur sehr geringe Hoffnungen bestehen. Während der monatlichen Verhandlungen sei nicht eine einzige Sondervereinbarung erzielt worden und da die Deutschen jede Idee einer Grundentteilung zurückweisen, besteht nach der französischen Meinung nicht einmal die Möglichkeit irgend einer Verständigung. Frankreich habe, so betont der "Welt Parisien", bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes nichts zu verlieren (!), das Deutsche Reich müsse aber Vorschläge unterbreiten und zwar sowohl im Interesse der Saar wie in seinem eigenen Interesse, denn von dieser Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet hänge die Einleitung einer fruchtbareren deutsch-französischen Zusammenarbeit ab. "Die deutschen Vorschläge betreffs des Rückkaufpreises der Kohlenruben waren so unbedeutend, daß die Fortsetzung der Besprechungen für den Augenblick als unmöglich erwie." schreibt der gemäßigtere "Paris Soir". Das "Journal" erklärt, wenn man bei den Verhandlungen jemals zu einem positiven Schluß kommen wolle, so müsse eine radikale Wendung auf deutscher Seite eintreten. Das schlimmste, was sich für Frankreich vollziehen könne, sei, daß es sich nach 5 Jahren in derselben Lage befinden werde wie jetzt. Wo dann habe Frankreich aber noch die Möglichkeit, zu versuchen, die Saareinwohner besser über ihre wahren Interessen aufzuklären. "Diese französischen Stimmen sind Rückschlüsse. In Wirklichkeit hat Frankreich keine Reue, sich durch eine Volksabstimmung im Saargebiet blamieren zu lassen, und keine Hoffnung, das voranschreitende Ergebnis der Volksabstimmung beeinflussen zu können. Es hält aber mit einer gewissen Dornädeligkeit an der Vorstellung fest, daß Deutschland die frühere Rückgliederung der Saar hoch sehr hoch bezahlen werde, sogar mit der Bereinigung des französischen Einflusses. Diese Vorstellung ist irrig, und der Abbruch der Verhandlungen hat dies deutlich genug bewiesen. Nachdem Frankreich, um die Wahrheit zu sagen, um die Bodenschätze des Saargebietes stahl, wäre es geradezu widerfährig, wenn

Deutschland auch nur den kleinen Finger böte, die uns gekohlenen Objekte zurückzutauschen.

Ausland

Paris, 8. Juli. Die Pariser Presse ist erleichtert, daß Italiens Antwort auf das Briand-Memorandum nicht ablehnend ausgefallen ist, kritisiert aber die Einzelheiten bestig.

Italiens Antwort zum Briand-Memorandum.

Paris, 7. Juli. Die italienische Regierung hat dem französischen Vorkämmerer in Rom ihre Antwort auf das Briand-Memorandum übermittelt. Mussolini hat sich nicht mit einer kurzen Beantwortung der aufgestellten Fragen begnügt, sondern eine Anzahl von Anregungen gegeben. Im Prinzip erklärte Mussolini sich mit einer Staatenföderation in Europa einverstanden. Doch darf man nicht einfach einen "Völkerbund für Europa" schaffen wollen. Auch die Türkei und Kurland müßten in den Bund eingegliedert werden. In organisatorischer Hinsicht schlägt Mussolini vor, je einen Vertreter von Staat in den gemeinsamen Ausschuss zu entsenden, damit die Rechte der kleinen Staaten gewährleistet werden. Eine Ueberprüfung der kontinentalen Zusammenfassung würde die Bildung anderer kontinentaler Gruppierungen zur Folge haben und dadurch die Einheit des Völkerbundes bedrohen. Die italienische Regierung sei der Ansicht, daß diese Entwicklung nicht darin bestehen könne, daß das System der Sicherheit in den Vordergrund geschoben werde, während die Abrüstungsverpflichtungen unerfüllt blieben und das mühsam aufgekaupte System der Sicherheit bedrohten. Die italienische Antwort unterstreicht zum Schluß, daß der Ausgangspunkt für die Bildung der europäischen Union die allgemeine Verabstimmung der Rüstungen sein müsse. Das sei in der französischen Denkschrift nicht klar genug formuliert.

Kommunistische Wählerheit im englischen Meer.

London, 8. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhaus mußte der Generalstaatsanwalt zugeben, daß von kommunistischer Seite eine sehr weitverbreitete Agitation getrieben worden sei mit dem Ziel, die Soldaten des englischen Heeres zur Fahnenflucht und Dienstverweigerung zu veranlassen. Es sei hierbei nicht gelungen, die Druckerlei ausfindig zu machen, in der die Broschüren gedruckt worden seien. Nur in einer Garnison habe man die Verteiler der kommunistischen Literatur festgenommen und ein Strafverfahren durchzuführen können. Die Anklagen an die Soldaten sind in einem Akte verurteilt worden, die die Kuffel trugen: "Der sichere Dersubv."

Vorstoß gegen MacDonald

London, 8. Juli. Am Mittwoch oder Freitag wird die Regierung in der Ansprache über den konventionellen Schutzantrag zu dem Bankiermanifest über den Freihandel im Empire Stellung nehmen müssen. Der von Baldwin und Neville Chamberlain eingebrachte Antrag, der das Bedauern darüber ausdrückt, daß die Regierung Schutzgölle abbaut, statt das Schutzsystem auszubauen, ist bereits gestern nach in einer außerordentlichen Sitzung des Kabinetts erörtert worden. Falls der Antrag keine Umgestaltung erfahren sollte, wird er mit den Stimmen der Arbeiterpartei und der Liberalen abgelehnt werden.

Abmarsch der Lappo-Deute.

Dillingen, 8. Juli. Der Abmarsch der Lappo-Deute ging ebenso geordnet vor sich, wie der Einzug. Irrendenweise ernte Zusammenstöße sind bis jetzt nicht bekannt geworden. Als die Kommunisten verließen, eine Kundgebung gegen die Lappo-Deute zu veranstalten, ergriffen die Lappo-Deute die Wäpelführer und hielten sie fest, bis der Zug der Lappo-Deute vordemarschiert war. Der finnländische Polizei ist es gelungen, mehrere kommunistische Abgeordnete, die sich verdingen wollten, zu verhaften. Außerdem hat die Dillingen-Polizei das kommunistische Arbeiterhaus, die kommunistische Druckerei und das Haus einer kommunistischen Vereinigung geschlossen.

Aus Stadt und Bezirk

Der Herr Staatspräsident hat den im Parteistand befindlichen Gerichtsvollzieher Ecker, früher bei dem Amtsgericht Neuenbürg, seinem Ansuchen gemäß in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Wetterbericht) Von Spanien ist ein Hochdruck gegen Mitteleuropa vorgezogen. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch mehrfach beltes, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Vielensfeld, 7. Juli. Sonntag früh um 6 Uhr versammelte sich eine stattliche Anzahl Wanderlustiger am Marktplatz zum Marsch nach Oberhausen, wo wir im Grund das neuerrichtete Bodendenkmal eines hiesigen Bürgers besichtigen, dann ging's durch Tannenwald über die Wilhelmshöhe nach der Schwanner Warte. Vier kurze Rast und lohnende Ausblick in die nähere und weitere Umgebung. Nach dreistündiger Wanderung erreichten wir das hochgelegene Neustädter kurze Rast, dann Ausbruch nach dem Ziel Bernstein mit herrlicher Fernsicht, dann Abstieg nach Derrenthal, wo der "Ochsen" eine gute Gaststätte bot. Das häßliche Freibad wurde besichtigt. Nach einer kurzen Stärkung und wir bestiegen das Berkebergs, das uns wieder zur Wilhelmshöhe brachte, von wo dann der Heimmarsch angetreten wurde.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juli. (Wege zum Ausbau der Landeswasser-versorgung.) Der Beirat der Landeswasserversorgung, dem Vertreter der Städte Stuttgart, Gillingen, Ludwigsburg, Feuerbach, Ruffenhausen, Göttingen und Ellwangen als Ver-

Neuenbürg

Die Angelegenheit der Aufhebung der Beschränkungen der öffentlichen Hand wurden folgende Anträge eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. eine ordnungsmäßige Festlegung zu veranlassen, die die wirtschaftlichen Betätigungen zu den sozialen, kulturellen und Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand gehören; 2. alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um eine Schädigung der Privatwirtschaft durch privatwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zu verhindern; 3. den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen ein Einspruchsrecht gegen privatwirtschaftliche Unternehmungen der öffentlichen Hand zu geben; 4. zu veranlassen, daß alle privatwirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand die der Privatwirtschaft Konkurrenz im den Absatz an Privatnehmer machen, den gleichen steuerlichen Belastungen unterworfen werden, die der Privatwirtschaft auferlegt sind. Ein letzter Antrag auf ein Warenhausgesetz lautet: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß zur Bewirkung des Art. 164 der Reichsverfassung (Schutz des Mittelstandes vor Untergang und Auflösung) beschleunigt ein Warenhausgesetz erlassen wird und daß für die Neuerrichtung von Warenhäusern eine Bedürfnisprüfung vorgeschrieben wird, an der die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern maßgeblich zu beteiligen, sowie auch die wirtschaftlichen Berufsvertretungen von Handel und Gewerbe zu hören sind.

Preußen

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen sind vorläufig gescheitert, und es ist im Oktober wieder aufgenommen werden können, wissen die Württ. Auch wer sich darüber noch in allerlei Hoffnungen wiegte, wird jetzt zu bekümmern haben: Frankreich bleibt bei seiner alten Taktik, hält an seiner starren Methode fest, jedes Zugeständnis an Deutschland hat immer von neuem abzuweisen zu lassen. Ein demokratisches Blatt, der "Berliner Börsenkurier", findet dafür die Formulierung: "Wieder hat Frankreich für das Zugeständnis der früheren Räumung des ihm für immer verlorenen Saargebietes unter Aufhebung von Dammensdammungen von Deutschland wirtschaftliche Kompensationen zu erreichen versucht, die jenseits der ohnehin schon so harten Bestimmungen des Friedensvertrags liegen." Wir möchten glauben, daß hinter der jügendlichen, von Anfang an stichtlich auf Sabotage angelegten Taktik der Franzosen noch etwas anderes lag: die Hoffnung, auf die Art doch noch etwas von der traditionellen französischen Rheinpolitik retten zu können. Das ist auch die Auffassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die das Resultat der Verhandlungen also zusammenfaßt: "Eine Enttäuschung für diejenigen, die glauben, den Franzosen komme es nur auf ein Geschäft an. Eine Lehre dafür, daß zwischen Geld und Politik in Frankreich immer die letzte der Vorrang hat. Eine bittere Enttäuschung für diejenigen, die die Liquidation des Krieges wenigstens im Wesen zum Abschluß bringen wollten."

Nur geringe Öffnung.

Paris, 8. Juli. Aus den zahlreichen Kommentaren der französischen Presse zur Unterbrechung der Saarverhandlungen kommt immer wieder zum Ausdruck, daß aus einer erfolgreichen Wiederaufnahme der Besprechungen im Oktober nur sehr geringe Hoffnungen bestehen. Während der monatlichen Verhandlungen sei nicht eine einzige Sondervereinbarung erzielt worden und da die Deutschen jede Idee einer Grundentteilung zurückweisen, besteht nach der französischen Meinung nicht einmal die Möglichkeit irgend einer Verständigung. Frankreich habe, so betont der "Welt Parisien", bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes nichts zu verlieren (!), das Deutsche Reich müsse aber Vorschläge unterbreiten und zwar sowohl im Interesse der Saar wie in seinem eigenen Interesse, denn von dieser Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet hänge die Einleitung einer fruchtbareren deutsch-französischen Zusammenarbeit ab. "Die deutschen Vorschläge betreffs des Rückkaufpreises der Kohlenruben waren so unbedeutend, daß die Fortsetzung der Besprechungen für den Augenblick als unmöglich erwie." schreibt der gemäßigtere "Paris Soir". Das "Journal" erklärt, wenn man bei den Verhandlungen jemals zu einem positiven Schluß kommen wolle, so müsse eine radikale Wendung auf deutscher Seite eintreten. Das schlimmste, was sich für Frankreich vollziehen könne, sei, daß es sich nach 5 Jahren in derselben Lage befinden werde wie jetzt. Wo dann habe Frankreich aber noch die Möglichkeit, zu versuchen, die Saareinwohner besser über ihre wahren Interessen aufzuklären. "Diese französischen Stimmen sind Rückschlüsse. In Wirklichkeit hat Frankreich keine Reue, sich durch eine Volksabstimmung im Saargebiet blamieren zu lassen, und keine Hoffnung, das voranschreitende Ergebnis der Volksabstimmung beeinflussen zu können. Es hält aber mit einer gewissen Dornädeligkeit an der Vorstellung fest, daß Deutschland die frühere Rückgliederung der Saar hoch sehr hoch bezahlen werde, sogar mit der Bereinigung des französischen Einflusses. Diese Vorstellung ist irrig, und der Abbruch der Verhandlungen hat dies deutlich genug bewiesen. Nachdem Frankreich, um die Wahrheit zu sagen, um die Bodenschätze des Saargebietes stahl, wäre es geradezu widerfährig, wenn

Aus Stadt und Bezirk

Der Herr Staatspräsident hat den im Parteistand befindlichen Gerichtsvollzieher Ecker, früher bei dem Amtsgericht Neuenbürg, seinem Ansuchen gemäß in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Wetterbericht) Von Spanien ist ein Hochdruck gegen Mitteleuropa vorgezogen. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch mehrfach beltes, vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Vielensfeld, 7. Juli. Sonntag früh um 6 Uhr versammelte sich eine stattliche Anzahl Wanderlustiger am Marktplatz zum Marsch nach Oberhausen, wo wir im Grund das neuerrichtete Bodendenkmal eines hiesigen Bürgers besichtigen, dann ging's durch Tannenwald über die Wilhelmshöhe nach der Schwanner Warte. Vier kurze Rast und lohnende Ausblick in die nähere und weitere Umgebung. Nach dreistündiger Wanderung erreichten wir das hochgelegene Neustädter kurze Rast, dann Ausbruch nach dem Ziel Bernstein mit herrlicher Fernsicht, dann Abstieg nach Derrenthal, wo der "Ochsen" eine gute Gaststätte bot. Das häßliche Freibad wurde besichtigt. Nach einer kurzen Stärkung und wir bestiegen das Berkebergs, das uns wieder zur Wilhelmshöhe brachte, von wo dann der Heimmarsch angetreten wurde.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juli. (Wege zum Ausbau der Landeswasser-versorgung.) Der Beirat der Landeswasserversorgung, dem Vertreter der Städte Stuttgart, Gillingen, Ludwigsburg, Feuerbach, Ruffenhausen, Göttingen und Ellwangen als Ver-



und man sagt, daß kein ähnliches größeres und schwierigeres Unternehmen eine so geringe Unfallzahl zu verzeichnen habe. Die landschaftlichen Schönheiten des Garmischer und Eissee-Gebiets sind weitbin bekannt. Die beiden Bergbahnen erschließen nun auch dem, der keine 7 bis 10 Stunden steigen mag, die herrliche Aussicht der Bergzeit vom höchsten deutschen Gipfel aus. Auf bayerischem Boden gibt es jetzt 6 Bergbahnen: auf den Wendelstein im Schlierseegebiet, auf dem Wank bei Bartenstein, auf den Predigtstuhl bei Reichenhall, auf das Reibhorn bei Oberstdorf — diese ist auch kürzlich erst eröffnet worden — und schließlich die größte und technisch bedeutendste auf die Zugspitze.

Lodesstrafe für einen Kindermörder.

Kaiserslautern, 8. Juli. Das Schwurgericht Kaiserslautern verurteilte den 26 Jahre alten Otto Schneider wegen Ermordung seines eigenen ledigen Kindes zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Der Täter hatte der Mutter seines Kindes, nachdem er sie zuerst verlassen hatte, das Verbrechen versprochen. Sechs Tage vor dem angelegten Hochzeitsfest erschien er bei dem Mädchen. Als dieses ihr Augenblicke das Kind, mit dem Schneider spielte, allein ließ, schloß Schneider diesem eine Giftflasche ein, wodurch der Tod des Kindes herbeigeführt wurde. Der Täter leugnete hartnäckig die Tat. Das Kind habe mit dem Hässlichen gespielt, das er ihm zur Beruhigung gegeben habe. Dabei habe es den Wropfen entfernt und von der Essenz getrunken. Die Augenarztbefunde waren für den Angeklagten sehr belastend. Trotz des Bekenntnis sprach das Gericht die Todesstrafe aus, gegen die der Verurteilte Revision einlegen will.

Sturm auf ein Separatistenlager.

Trier, 8. Juli. Vor dem im Becken von Trier gelegenen Gasthaus Jupp, einem Hause, das früher ein bekanntes Verkehrslokal für Besatzungsangehörige und Separatisten war, sammelte sich gestern Abend eine größere Menschenmenge an, die Riene machte, das Gasthaus zu stürmen. Der Polizei gelang es, zunächst die tobende Menge zurückzuhalten. Als sie sich aber dem Verlangen nach Auslieferung der Familie Jupp widersetzte, wurde sie von der rasenden Menge einfach überrennt. Diese stürmte in das Haus, verschlug Türen und Fenster und warf die Möbel teilweise aus den Fenstern in die am Hause vorbeifliegende Mosel. Jupp hatte sich mit seiner Familie in verbarrikadiert, daß man nicht an ihn herankommen konnte. Die Menschenmasse war vor allem dadurch aufgepeitscht worden, daß vor dem Eintreffen der Polizei mehrere Schiffe aus dem Hause gefallen waren, die indessen niemand getroffen hatten.

Die Pfalzfahrt des Reichspräsidenten.

Speyer, 7. Juli. Für den päpstlichen Teil der Rheinlandreise des Reichspräsidenten aus Anlaß der Räumung des besetzten Gebietes ist das Programm nunmehr in großen Zügen fertiggestellt. Der Reichspräsidenten trifft am 19. Juli vormittags gegen 10 Uhr in Speyer ein. Es folgt eine Rundfahrt durch die Stadt mit der Begleitung des Altveteranen und der Gedächtnisfeier sowie die Begrüßung der Altveteranen am dem Domplatz. Um 10.45 Uhr findet im Rathaus ein Fest statt. Nachmittags 1.30 Uhr wird der Reichspräsident im Wagen die Fahrt entlang nach Bad Dürkheim fahren. Am Abend erfolgt von Ludwigshafen aus mit Schiff die Fahrt nach Mainz, wobei in Worms die Vertreter der bayerischen Staatsregierung und sonstige Ehrengäste zugegen sein werden.

Gute Finanzlage der Reichspost.

Berlin, 8. Juli. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Schädel gab bekannt, daß die Young-Anleihe bis jetzt rund 60 Millionen Mark gebracht habe. Die im Juni und Juli begebenen Schatzanweisungen, im Werte von 113 Millionen, sind sämtlich verkauft. Das Volkswallet ist also um 173 Millionen entlastet worden. Infolgedessen befehlen keine Bedenken, auch den Rest der Ablieferungen an das Reich mit 41 Millionen vorzunehmen. Das Endergebnis des Jahres 1929 ist ein Gewinn von 222,7 Millionen, wovon das Reich insgesamt 151,5 Millionen erhält. Die Jahresnachweise wur-

den vom Verwaltungsrat genehmigt. Dann beschloß sich der Verwaltungsrat mit einem Nachtrag zum Haushalts 1930. Im Verlauf der Aussprache über den Nachtragshaushalt, der Personalfragen betrifft, erklärte Reichspostminister Dr. Schädel noch, daß sein Erlass gegen die radikale Agitation die Qualitätsfreiheit der Beamten nicht beeinträchtigt. Sein Erlass wende sich lediglich gegen die Agitation, nicht gegen die Jugenhörigkeit zu radikalen Parteien. Die Teilnahme an radikalen Versammlungen und Umzügen in Uniform seien unter dem Begriff der Agitation zu rechnen, die nicht gebuldet werden könne. Der Nachtragshaushalt wurde genehmigt. Des weiteren beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost. Es wurde mitgeteilt, daß die Reichspost jetzt Aufträge für 300 Millionen R.M. herausgeben werde. Dabei soll ein Preisnachschlag von 10 Prozent und die Einstellung neuer Arbeitskräfte bei der Industrie erreicht werden. Der Minister kündigte ferner eine Verordnung der Reichsregierung an, wonach für diese Aufträge nur inländische Rohstoffe verwendet werden dürfen. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Positive Mitarbeit!

Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurde die deutsche Antwort auf das französische Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung behandelt. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung über Entwicklung und Verlauf der politischen Besprechungen und Konferenzen, in denen die Aktion Briand zuerst entstanden ist, und über die Stellungnahme Stresemanns zu den Grundgedanken des Problems. Der Minister erläuterte dann das französische Memorandum in seinen Einzelheiten und kennzeichnete die deutsche Stellung hierzu. Es wurde von dem Minister betont, daß die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 16. Juli in Paris überreicht werden wird. In die Ausführungen des Ministers schloß sich eine umfangreiche Aussprache an, an der sich die Mitglieder aller im Auswärtigen Ausschuss vertretenen Fraktionen beteiligten. Der Vorsitzende stellte sodann fest, daß die Weisung der Parteien sich unter bestimmten in der Diskussion gemachten Vorbehalten für eine positive Mitarbeit im Verfolg des französischen Memorandums ausgesprochen hätten.

Finanzaussprache im Reichstag.

Berlin, 8. Juli. Der Reichstag eröffnete die Dienstag-Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Abg. v. Döbel (Chr.-Nat. W.) wies für seine Partei die Auffassung zurück, als ob sich der Reichstag bei der Beurteilung der Finanz- und Steuerpolitik in Interessengruppen auflöse. Der Redner verlangte, daß die Einführung des Verwaltungslohnbeitrags noch vor der Sommerpause beschlossen werde, um eine baldige Durchführung der Steuerreformaktion zu ermöglichen. Statt der Reichshilfe sollte man an eine gleichmäßige Senkung aller Gehälter und Löhne herangehen. Entschieden wandte sich der Redner gegen die Bewandlung der Steuererlasse mit dem Schrotprogramm. Abg. Dr. Gremer (D. W.) trat für eine Umgestaltung der Finanzverwaltung mit dem Ziele einer übersichtlicheren Gestaltung und einer Entlastung des Reichsfinanzministeriums ein. Auch wesentliche Ersparnisse könnten auf diese Weise gemacht werden. Die Döbel'sche Misse im engen Zusammenhang mit den Deckungsvorlagen behandelt werden, man könne die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung nicht ins Ungemessene erhöhen. Der Redner verlangte, daß die Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit dem Haushalt gelöst wird. Die Vermögenssteuer müsse differenziert werden nach der wirtschaftlichen Lage und den Verpflichtungen der Beteiligten. Der Vorschlag zur Einkommensteuerwiderprüfung nicht ins Ungemessene erhöhen. Der Redner verlangte, daß der wichtigste Programmpunkt der Regierung: der Verbesserung einer Steuerentlastung zum Zwecke der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entsprende der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Abg. Collofer (W.) bezeichnete die Höhe der von der Regierung vorgeschlagenen Staatsabträge als zu gering. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit der Realsteuer sei nötig. Der parlamentarische Konsumrückgang zeige, daß

eine Befreiung der sog. Genussmittel nicht mehr möglich sei. Ein Konsumrückgang werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen unmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft, sowie der angestammten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Kräfte mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im Ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein beschleunigter Anfang zur wirklichen Befreiung der Wirtschaft gemacht. Zur endgültigen Sanierung gehöre aber auch die Arbeitsdienstpflicht der Jugend. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) bedauerte, daß der Reichsfinanzminister nur die Regierungsvorlage verteidigt und kein Sanierungsprogramm auf längere Sicht vorgetragen habe. Eine Hebung der Finanzen des Reiches sei nicht möglich ohne eine gleichzeitige Wirtschafts- und Finanzreform. Vor allem sei eine Preisentlastungsaktion notwendig. Dann werde auch die Beamtengehälter bereit sein, Opfer zu bringen. In allen Steuererklärungen sollte man eine ethische Erklärung verlangen, wo und wieviel Kapital im Ausland angelegt ist. Der Redner wandte sich gegen jede Verzögerung der endgültigen Finanzreform und verlangte, daß die Tagung des Reichstags unter Umständen bis in den Herbst hinein verlängert werde. Den vorliegenden Deckungsplan lehnte die demokratische Fraktion außerordentlich scharf ab. Unangenehm und profitorische Regierungsmassnahmen würden nur das Mißtrauen erhöhen, unter dem unsere Reichsfinanzen leiden. Abg. Reine (Soz.) wandte sich gegen die dem parlamentarischen Interpellation über steuerliche Vorteile der Konsumvereine, durch die der Grundbesitz erweitert werde, als würden von den Konsumvereinen Steuerhinterzungen begangen. Ministerialdirektor von Jardeu befragte, daß die Wiedererhebung von Steuern in Görlich zu Recht erfolgt sei. Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Um die Pension Moldenhauers.

Berlin, 8. Juli. Im Reichstag wird man sich in der nächsten Sitzung mit einem Antrag des früheren Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer beschäftigen, wonach ihm eine Dienstzeit angerechnet werden soll, die aber die gesetzlich vorgeschriebene Dienstzeit hinausgeht. Zum Verständnis dieses Antrages muß darauf hingewiesen werden, daß nach einem Gesetz vom Reichstag angenommenen Gesetz die Minister, die nicht aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, bei ihrem Ausscheiden ein sogenanntes Übergangsgeld erhalten, damit ihnen der Wechsel von der politischen zur beruflichen Tätigkeit erleichtert wird. Es fällt also für sie die sogenannte Ministerpension weg. Die Minister aber, die früher Beamte waren, erhalten nach ihrem Ausscheiden aus dem Ministeramt 50 Prozent ihres früheren Beamtenlohns als Pension. Für die Minister des derzeitigen Kabinetts ist nun allerdings die Möglichkeit offen gegeben, entweder von dieser Pension Gebrauch zu machen, oder aber auf die überragende Ministerpension zurückzugreifen. Dr. Moldenhauer hat die frühere Pensionsform gewählt. Er kann allerdings erst in dem Gewerbe einer Pension kommen, wenn er eine ausreichende Pension als Minister aufweisen kann. Das ist nicht der Fall. Infolgedessen will er sich seine Beamtenpension anrechnen lassen, damit die entsprechende Anzahl von Jahren zusammenkommt, die für das Ruhegehalt eines Ministers erforderlich ist. Es spricht der Reichstag dem Wunsche Moldenhauers, daß er eine Jahrespension erhalten, die ungefähr 3000 Mark ausmacht. Nun ist richtig, daß Dr. Moldenhauer nach dem Eintritt in die Regierung seinen Aufsichtsratsposten bei der J. W. Harben niederlegte und damit auf ein recht erhebliches Einkommen verzichtet hat. Es berührt aber doch eigenartig, daß er jetzt von einer Pensionsmöglichkeit Gebrauch machen will, die ihm auf Lebenszeit eine sehr stattliche Rente sichert, die in keinerlei Einklang mit seiner bisherigen Haltung zu bringen ist. Wir möchten annehmen, daß die ganze Angelegenheit ein anderes Gesicht erhält, wenn Herr Moldenhauer eine Aufklärung über seinen Antrag geben wird, falls er es nicht für richtiger halten sollte, ihn vorher zurückzuziehen.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Salmbach belegenen, im Grundbuch von Salmbach, Heft 154, Abt. 1, Nr. 1-3 zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der

Rayer, Hermann, geb. am 21. Januar 1910,
Rayer, Max, geb. am 18. November 1912,

beide in Dillstein wohnhaft,

je zur Hälfte,

eingetragenen Grundstücke:

Geb. 21: Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit Hofraum,
Geb. 21a: Remise mit Schuppen 10 a 18 qm.
Das Anwesen ist abgebrannt, die Grundmauern stehen noch.
Parz. 146/5: Acker, Wiese, Dorngebüsch, Steinriegel und
unbef. Weg in Rainbüchern 2 ha 40 a 33 qm,
Parz. 127/2: Wiese und Wasserbehälter in der Herdstätte
am Kirchweg 99 a 57 qm

am Freitag den 29. August 1930, vormittags 9 Uhr,
im Rathaus in Salmbach
versteigert werden.

Die Grundstücke wurden am 24. Mai 1930 gemeindefällig geschätzt und zwar der Brandplatz (mit Grundmauern) des Geb. 21, 21a zu 1800 RM., Parz. 146/5 zu 3800 RM., Parz. 127/2 zu 2400 RM.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 19. Mai 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesemjenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls der Versteigerungsvermerk an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Neuenbürg, den 7. Juli 1930.

Zwangsversteigerungskommissär:

Haus- und Garten-Berkauf.

Die Erben des **Johannes Deich**, Kassenboten hier und seiner Ehefrau **Karoline**, geb. Köhler, bringen am

Montag den 14. Juli 1930, abends 6 Uhr,

auf dem Rathaus in Neuenbürg

in vorausichtlich nur einem Termin zur freihändigen Versteigerung:

Geb. 347 und 347a: 2 a 88 qm Wohnhaus, Waschküche, Holzschopf und Hofraum mit

Parz. 286/2: 2 a 23 qm Gras- und Baumgarten
beim Turnplatz in Neuenbürg.

Das ruhig und staubfrei, in der Nähe des Stadtbahnhofs gelegene Gebäude enthält drei Wohnungen mit je drei Zimmern und einer Kammer nebst Zubehör.

Eine Wohnung ist sofort bezugsbar.

Die Erben kommen als Käufer nicht in Frage.

Käufer sind eingeladen.

Neuenbürg, den 7. Juli 1930.

Bezirksnotar Falch.

Frauenarbeitschule Neuenbürg

Am 4. September 1930, vormittags 8 Uhr, beginnen die neuen **Tages- und Halbtagskurse** im Flicken, Wäschnähen, Kleidernähen und Sticken für Mädchen und Frauen.

Anmeldungen werden bis spätestens 25. Juli entgegengenommen.

Gleichzeitig werden Anmeldungen für **Abendkurse** im Wäsche- und Kleidernähen angenommen.

Die Schulleitung.

Niebelbach, D.M. Neuenbürg.

Neuenbürg.

Leiterwagen,

neu, zirka 20 Jtr. Tragkraft, sowie einen **Leiterkarren** hat billig abzugeben

Riesemann.

Reißzeuge,

in schöner Ausführung und jeder Preislage empfiehlt die

Wäsch- u. Schuhhandlung

Bürstenwaren

aller Art, **Reisstrohbesen,**

Büchtücher, Fensterleder,

Wäscheklammern, Holz-

Rüchenartikel

empfehlen billigt

Albert Weik.

H. M. Lannenburg.

Gemeinde Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Das **Bad im Schulhaus** ist mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres nur noch **Freitags geöffnet.**

An diesem Tage können auch die **Brausebäder** wieder benutzt werden.

Birkenfeld, den 8. Juli 1930.

Gemeindepflege: Hech.

Waldbrennach, den 7. Juli 1930.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Friedrich Scheerer, Fuhrmann,

erfahren durften, sagen wir unseren innigsten Dank. Besonders danken wir für den erhabenden Gesang des Leichenchors und allen denjenigen, die ihn während seiner langen Krankheit besuchten und erwiderten.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedrike Scheerer, geb. Fuchs, mit Angeh.

Apfelwein - Obstmost

Jacob Sauer, Großkellerei, Bfrozheim.
Altstädterstr. 1. Fernsprecher 3107. Fässer lichterweise.

In Herrenalb sind

3 gr. Zimmer,

eine schöne Loggia, gr. Küche, Bad und Speisekammer, und allem Zubehör auf 1. Oktober

billig zu vermieten.

Bilka Weiß.

Stets frisch gebrannten

Kaffee

€. Lindemann

Neuenbürg, Tel. 191.

